



Hauptausschuss

36. Sitzung (öffentlich)

18. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Heike Niemeyer, Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

7

Der Ausschuss

- ergänzt die Tagesordnung einvernehmlich um zwei Aktuelle Viertelstunden,
- verständigt sich einstimmig darauf, den Tagesordnungspunkt „Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland“ vor dem Tagesordnungspunkt „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008“ zu behandeln,
- kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) - Gespräch mit der Vorsitzenden der KEK - heute nicht zu behandeln, da Frau Prof. Dr. Insa Sjurts, die sich bereit erklärt habe, ihre Ausführungen schriftlich zur Verfügung zu stellen bzw. eine persönliche Stellungnahme später nachzuholen, heute wegen des Lokomotivführerstreiks nicht anwesend sein kann.

Hauptausschuss

18.10.2007

36. Sitzung (öffentlich)

ni-hoe

Einzelplan 02: Ministerpräsident 23

Ergänzung 23

Kap. 02 200: Medien- und Telekommunikation

Kap. 02 062: Kulturförderung 30

Im Haushalt nicht speziell Ausgewiesenes 32

**Einzelplan 15: Ministerium für Generationen, Familie,
Frauen und Integration 33**

Kap. 15 081: Landeszentrale für politische Bildung 33

Vorlagen 14/1282 und 14/1375

4 Gesetz zur Einführung des Wahlalters 16 bei Landtagswahlen 34Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4867In Verbindung mit:**Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes**Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

- Beratung über die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 16. August 2007 (APr 14/461 und Drucksache 14/5051)

Vorsitzender Werner Jostmeier wird zu einem Gespräch zwischen federführendem Ressort und den Obleuten einladen.

4 Gesetz zur Einführung des Wahlalters 16 bei Landtagswahlen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4867

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

- Beratung über die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 16. August 2007 (APr 14/461 und Drucksache 14/5051)

Vorsitzender Werner Jostmeier bedankt sich bei allen Fraktionen, dass der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der dem Ausschuss vor der Anhörung vom Plenum noch nicht formal überwiesen gewesen sei, in die Anhörung habe einbezogen werden können, und teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe ihren Gesetzentwurf Drucksache 14/719, der in die Anhörung ebenfalls mit erörtert worden sei, anschließend zurückgezogen.

Er bitte um Vorschläge, wann - in der nächsten oder übernächsten Sitzung - der Hauptausschuss diese Thematik abschließend behandeln sollte. Selbstverständlich stände auch einer abschließenden Beratung und Abstimmung heute nichts entgegen, wenn sich die antragstellenden Fraktionen damit einverstanden erklärten.

Wolfram Kuschke (SPD) hält ein konstruktives Vorgehen in der Weise für vorstellbar, dass seine Fraktion darauf verzichte, ihre Initiative - Stichwort: Wahlalter - intensiv weiter zu beraten, zwei Anregungen aus der Anhörung Aufnahme in den Entwurf der Landesregierung fänden - erstens die Anregungen von Prof. Dr. Pukelsheim zum Devisorverfahren, sprich: zur möglichst präzisen Abbildung der Sitzverteilung, sowie zweitens die Herausnahme einiger Vorschriften aus dem Wahlgesetz und ihre Überführung in die Wahlordnung - und der Vorsitzende mit dem federführenden Ressort und den Obleuten ein Abstimmungsgespräch herbeiführe. Bei Einverständnis der Beteiligten wäre eine ausführliche Befassung heute entbehrlich.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) begründet das Zurückziehen des Antrags durch ihre Fraktion mit der großen Übereinstimmung, die dieser mit den anderen aufweise, und dem Wunsch, dadurch zu einem zügigen Beratungsverfahren beizutragen.

Als einen weiteren, in einem Abstimmungsgespräch aufzugreifenden Punkt nennt sie das Thema „Ersatzbewerber“, um eine Optimierung zu erzielen.

Vom Grundsatz her befürworteten Bündnis 90/Die Grünen den Gesetzentwurf der Landesregierung und schossen sich dem Verfahrensvorschlag von Wolfram Kuschke an.

Vorsitzender Werner Jostmeier wird sich bemühen, ein Gespräch zwischen federführendem Ressort und den Obleuten am Rande des Plenums zu arrangieren.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) ergänzt, vielleicht böte sich auch eine Vorklärung auf Arbeitsebene an.